

Zur Wirtschaftslage

Konjunkturabschwächung erforderte neue Expansionsprogramme	343
Bundesrepublik Deutschland: Kurswechsel der Finanzpolitik	347
Verhaltene Expansion des privaten Verbrauchs	349

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 39/77

Berlin

29. September 1977

44. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Konjunkturabschwächung erfordert neue Expansionsprogramme

Während der Sommermonate hat sich in den westlichen Industrieländern das konjunkturelle Klima erheblich abgekühlt. Schon zu Beginn dieses Jahres war für die europäischen Problemländer eine nur mäßige Aufwärtsentwicklung prognostiziert worden, doch bestand damals noch die Hoffnung, daß es in den konjunkturell führenden Ländern, den USA, der Bundesrepublik Deutschland und Japan, zu einem anhaltenden und sich selbst tragenden Wirtschaftswachstum kommen werde. Diese Volkswirtschaften hätten dann eine „Lokomotivfunktion“ erfüllen und über ihre Importentwicklung den Problemländern nicht nur eine Bereinigung ihrer Außenwirtschaftsschwierigkeiten ermöglichen, sondern auch Impulse für eine verstärkte Expansion geben können.

Gegenwärtig ist die internationale Konjunkturentwicklung dadurch gekennzeichnet, daß sich in den Volkswirtschaften, die zunächst noch stärker expandierten, ebenfalls die Konjunktur abschwächt. Dies ist zwar auch darauf zurückzuführen, daß ihr Auslandsabsatz schwächer als erwartet zunimmt; entscheidender sind aber binnenwirtschaftliche Faktoren. So hat sich die Investitionsnachfrage nicht in dem Maße verstärkt, wie es für einen sich selbst tragenden Wachstumsprozeß notwendig gewesen wäre. Da somit eine wichtige Nachfragekomponente nicht ausreichend zunimmt und die Entwicklung der übrigen Komponenten nicht kompensierend wirkt, bleibt die Nachfrageexpansion aus, die eine verstärkte Kapazitätsausweitung herbeiführen würde.

Eine pessimistische Grundeinschätzung der konjunkturellen Entwicklung, die dem vorsichtigen Unternehmerverhalten zugrunde liegt, findet sich dadurch bestätigt.

Hierzu trägt aber auch bei, daß der Staat in den meisten Ländern nicht in ausreichendem Maße autonome Nachfrage entfaltete. Die hohen Haushaltsdefizite, die die öffentliche Hand fast überall während der vergangenen Rezession hatte hinnehmen müssen, veranlaßten die Regierungen zu einem sparsamen Ausgabengebahren. Soweit Hoffnung auf einen sich selbst tragenden Aufschwung bestand, schien ein solches Vorgehen auch den konjunkturpolitischen Erfordernissen zu entsprechen und einen relativ raschen Defizitabbau zu ermöglichen. Tatsächlich wurde aber die Nachfrageentfaltung des Staates in einem Maße gehemmt, das den ohnehin nicht stürmischen Wirtschaftsaufschwung gefährden mußte. Die wirtschaftspolitischen Instanzen haben hieraus in vielen Ländern Konsequenzen gezogen und beabsichtigen nun, finanzpolitisch wieder stärker expansiv vorzugehen. Allerdings tauchen hierbei in allen Ländern Probleme der administrativen Bewältigung zusätzlicher Ausgabenprogramme auf.

Die differenzierte Konjunkturentwicklung in der ersten Hälfte dieses Jahres hat zu einer beträchtlichen Veränderung der Salden im internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr geführt. Dabei hat sich die Leistungsbilanz der USA, deren Wirtschaft am stärksten expandierte, erheblich ver-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts westlicher Industrieländer

L ä n d e r	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	1975			1976			1977 ¹⁾		
	real	nominal	Preise ²⁾	real	nominal	Preise ²⁾	real	nominal	Preise ²⁾
Frankreich	-1,2	12,6	14,0	1) 5	1) 15	1) 9,5	3	12	8,5
Großbritannien	-1,6	26,0	28,0	1,5	17,1	15,4	0,5	14	13,5
Italien	-3,5	13,2	17,3	5,6	24,4	17,8	2	20,5	18
Niederlande	-1,1	9,8	11,0	4,0	13,4	9,0	3,5	10,5	7
Belgien	-1,8	10,2	12,2	2,3	11,5	9,0	3	10	7
Dänemark	-1,4	11,5	13,1	4,9	14,2	8,9	1	9,5	8,5
Irland	-0,2	23,1	23,3	1) 3	1) 23,5	1) 20	3,5	18	14
Schweden	0,6	14,9	14,2	1,5	12,7	11,0	1	12	11
Schweiz	-7,6	-1,5	6,6	0,5	2,5	2,0	1,5	3	1,5
Österreich	-2,0	6,7	8,9	5,2	11,4	5,9	4	10	6
Norwegen	3,5	13,9	10,0	6,0	15,2	8,7	5,5	13,5	7,5
Europäische Industrieländer ohne Bundesrepublik Deutschland	-1,8	14,4	16,5	3,7	15,7	11,6	2	13	10,5
USA	-1,3	8,2	9,6	6,0	11,6	5,3	5	11,5	6
Kanada	1,1	12,4	11,2	4,9	14,9	9,5	3	10	7
Japan	2,4	10,0	7,4	6,3	13,1	6,4	5	12	6,5
Außereuropäische Industrieländer	-0,3	8,9	9,2	6,0	12,2	5,9	5	11,5	6
Insgesamt ohne Bundesrepublik Deutschland	-0,8	10,8	11,7	5,2	13,4	7,8	4	12	7,5

1) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- 2) Deflationierungsfaktor.
Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

schlechtert. In Japan, wo sich die Inlandsnachfrage schwächer als zunächst prognostiziert erhöhte, nahm der Leistungsbilanzüberschuß dagegen beträchtlich zu. Aber auch den wichtigsten währungsschwachen europäischen Problemländern gelang bei nur mäßigem Wirtschaftswachstum eine fühlbare Verbesserung der Leistungsbilanz. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die amerikanische Leistungsbilanz stark defizitär wurde. Für das ganze Jahr 1977 ist mit einem Passivsaldo der amerikanischen Bilanz zu rechnen, der ein Vielfaches des Defizits von Anfang der siebziger Jahre ausmachen wird. Wenn auch ein großer Teil dieses Passivsaldos durch die stark gestiegenen Ölimporte bedingt ist, so stellt doch ein länger andauerndes Defizit dieser Größenordnung eine starke Belastung für die internationalen Währungsbeziehungen dar. Eine konjunkturelle Differenzierung zwischen den USA und den übrigen Industrieländern ist schon aus diesem Grund nicht über einen längeren Zeitraum hinweg aufrechtzuerhalten.

Auch in den USA hat sich jedoch bereits das Tempo des konjunkturellen Aufschwungs vor allem aus binnenwirtschaftlichen Gründen verlangsamt. Anders als in den übrigen Ländern in vergleichbarer Konjunkturphase ist es dort weniger die Investitionsnachfrage, die zur Schwäche neigt; vielmehr hat sich die Entwicklung des privaten Verbrauchs abgeflacht, der bei gesunkener Sparneigung der privaten Haushalte zunächst sehr kräftig zugenommen hatte. Bei einer zu starken Abschwächung der

Verbrauchsentwicklung besteht die Gefahr, daß sie auch auf andere Sozialproduktkomponenten ausstrahlt. Gegenwärtig lassen sich allerdings noch keine Anzeichen dafür erkennen, daß die Investitionsbereitschaft der Unternehmen beeinträchtigt worden wäre. Die Investitionsplanungen deuten vielmehr auf eine Fortsetzung des Investitionswachstums hin. Es ist im Vergleich zu anderen Ländern durchaus ansehnlich. Wegen der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit wäre indes eine noch stärkere Ausdehnung der Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze erwünscht. Um zu verhindern, daß die Investitionsneigung schließlich doch noch von der Verbrauchsentwicklung negativ beeinflusst wird, ist der Staat entschlossen, den öffentlichen Verbrauch – wie bereits im zweiten Quartal – verstärkt zu steigern. Das bisherige entschiedene Vorgehen der Regierung bei der wirtschaftspolitischen Steuerung des Wachstumsprozesses läßt hoffen, daß es ihr gelingen wird, die konjunkturelle Schwäche so rasch zu überwinden, daß sie für die künftige Entwicklung nicht bedrohlich werden kann.

In Frankreich ist die konjunkturelle Situation weiterhin labil. Die industrielle Produktion ging im zweiten Quartal saisonbereinigt leicht zurück, die Arbeitslosenzahl hat sich saisonbereinigt weiter erhöht. Der Eintritt einer überdurchschnittlich hohen Zahl Jugendlicher ins erwerbsfähige Alter dürfte im Herbst eine weitere Verschlechterung am Arbeitsmarkt nach sich ziehen, sind doch entsprechende Arbeitsplätze schon jetzt sehr knapp.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

L ä n d e r	Priv.Verbrauch			Öffentl.Verbrauch			Bruttoanlage-investitionen			Exporte			Importe		
										von Gütern und Diensten					
	1975	1976	1977 ¹⁾	1975	1976	1977 ¹⁾	1975	1976	1977 ¹⁾	1975	1976	1977 ¹⁾	1975	1976	1977 ¹⁾
Frankreich	3,3	¹⁾ 5	3	2,7	¹⁾ 4	3	-4,3	¹⁾ 4,5	0,5	-3,7	¹⁾ 9	7	-7,0	¹⁾ 19	5
Großbritannien	-1,0	0,2	-1	4,5	2,4	0	-1,3	-4,4	-5	-4,0	6,9	7,5	-6,5	5,0	5,5
Italien	-1,4	3,2	2	2,8	1,9	1,5	-13,0	2,3	2	3,5	12,6	9	-9,9	13,1	6
Niederlande	3,0	4,2	3	2,6	4,2	1,5	-3,9	-2,9	6	-2,9	10,3	5	-3,8	11,7	6
Belgien	0,8	2,3	3	8,1	3,6	2	-3,3	-1,5	3,5	-9,4	7,2	6	-10,3	8,9	7
Dänemark	4,9	6,5	1	5,8	6,3	2	-7,2	14,4	-3	-2,4	3,4	6	-4,2	16,8	2
Irland	-3,2	¹⁾ 2	2	5,6	¹⁾ 1,5	1	-6,6	¹⁾ 2	5	6,6	¹⁾ 6	6,5	-11,6	¹⁾ 19	7
Schweden	3,1	4,1	1,5	5,1	2,9	3	-1,5	-1,6	0,5	-9,0	3,9	3	-1,7	6,2	0
Schweiz	-2,9	¹⁾ 0	1,5	1,4	¹⁾ 5	1	-13,7	¹⁾ 6,5	-1	-6,8	¹⁾ 10	7	-14,2	¹⁾ 12	7
Österreich	2,5	4,0	4	3,0	2,5	2,5	-5,9	5,7	4,5	-7,2	11,3	7	-9,0	17,9	7
Norwegen	5,6	6,3	5	5,1	4,6	4,5	10,7	12,1	5	3,1	7,6	8	6,9	11,4	7
Europäische Industrieländer ohne BRD	1,2	3,2	2	3,9	3,3	2	-4,9	1,6	0,5	-3,6	8,6	6,5	-6,7	11,8	5,5
USA	1,9	6,0	5	3,3	2,2	3	-12,5	5,0	8	-3,3	6,6	6	-12,6	18,4	10
Kanada	5,1	6,1	3,5	4,4	0,9	3	3,9	0,8	0	-6,4	8,9	10	-2,4	8,2	7
Japan	6,1	4,4	4	7,0	4,4	4	-2,9	4,8	5,5	4,4	17,1	9	-8,2	7,9	7
Außereurop. Industrieländer	3,0	5,7	4,5	3,9	2,4	3	-7,6	4,5	6,5	-1,7	9,8	7,5	-9,4	13,5	8,5
Insgesamt ohne BRD	2,4	4,9	3,5	3,9	2,7	2,5	-6,6	3,5	4	-2,8	9,1	7	-7,9	12,5	7

1) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet - Gewichte 1975 auf Dollarbasis.

Quellen: Vgl. Tabelle Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

Die Inflationsrate hat sich in den letzten Monaten weiter verringert und lag zuletzt bei etwa 9 vH. Da sich die Lohnsatzsteigerungen ebenfalls abschwächen, sind von dieser Seite keine neuen inflationsverstärkenden Anstöße zu befürchten. Im öffentlichen Sektor hat die Regierung weitgehend ihre Absicht durchgesetzt, die Lohnsteigerungen für das ganze Jahr auf 6,5 vH zu begrenzen. Damit wurde auch für die Lohnverhandlungen in der privaten Wirtschaft ein wichtiges Signal gesetzt. Eine zu starke Begrenzung der Kaufkraft der Masseneinkommen müßte allerdings zu einem gesamtwirtschaftlich unerwünschten Nachfrageausfall führen; denn es spricht wenig dafür, daß die Sparquote weiterhin sinken wird. Da die Investitionstätigkeit im privaten Sektor stagniert und der Anstieg der Exporte keinen ausreichenden Ersatz für den binnenwirtschaftlichen Nachfragemangel schafft, ist nicht zu erwarten, daß sich die Konjunktur wieder merklich belebt.

Die Regierung hat sich daher erneut zum Handeln entschlossen. Nach einer Lockerung der Restriktionen im Frühjahr wurden nunmehr weitere Maßnahmen ergriffen. Um einen Ausgleich für die Preissteigerungen zu schaffen und den privaten Verbrauch anzuregen, wurde die Progression des Einkommensteuertarifs gemildert, was besonders den

unteren und mittleren Einkommensklassen zugute kommt; zusätzliche Steuererleichterungen wurden zur Förderung des selbständigen Mittelstandes beschlossen. Mit vermehrten Staatsausgaben soll der Wohnungsbau gefördert werden. Gleichzeitig werden — um die Handelsbilanz von Energieimporten zu entlasten — Benzin und die Haltung von Kraftfahrzeugen künftig stärker besteuert. Mit ihrer Größenordnung von insgesamt 10 Mrd. F reichen die diesjährigen Konjunkturprogramme aber noch nicht aus, um die privaten Investitionen genügend zu stimulieren. Zudem verhält sich ein großer Teil der Investoren abwartend, da nach den Parlamentswahlen im Frühjahr nächsten Jahres eine Linkskoalition möglich erscheint. Das für 1978 angestrebte Wachstumsziel von 4,5 vH wird unter diesen Umständen wohl nicht erreicht werden können.

In Italien hat die Wirtschaft zuletzt wieder stagniert. Der Sozialproduktszuwachs dürfte 1977 nicht über 2 vH liegen. Stärker noch als in den anderen europäischen Ländern hat die Arbeitslosigkeit zugenommen. Die äußerst prekäre Arbeitsmarktlage hat dem exorbitanten Anstieg der Löhne entgegengewirkt und dazu beigetragen, die Inflationsrate in den letzten Monaten allmählich zu senken. Es könnte Italien daher gelingen, die Auflage des internationalen Währungsfonds, die Inflations-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten westlicher Industrieländer
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

L ä n d e r	Bruttoeinkommen aus									Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			Lohnstückkosten ²⁾		
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit														
	in Landeswährung									in SZR								
	1975	1976	1977 ³⁾	1975	1976	1977 ³⁾	1975	1976	1977 ³⁾	1975	1976	1977 ³⁾	1975	1976	1977 ³⁾			
Frankreich	6,1	³⁾ 15,5	11	15,8	³⁾ 15,5	12,5	7,4	³⁾ 10	9	17,2	³⁾ 10	7,5	27,6	³⁾ 2,5	3,5			
Großbritannien	7,1	24,7	25,5	29,9	14,0	10,5	9,0	22,9	25	32,1	12,3	10	21,0	-4,3	2,5			
Italien	2,3	24,0	10	21,6	22,7	23	6,0	17,4	8	26,0	16,2	20,5	23,7	-6,7	10			
Niederlande	-8,1	28,5	13,5	12,7	10,3	9,5	-7,1	23,6	9,5	14,0	6,1	6	17,5	8,5	13,5			
Belgien	3,1	³⁾ 15	16,5	14,0	³⁾ 13,5	11,5	5,0	³⁾ 12,5	13	16,1	³⁾ 11	8,5	18,7	³⁾ 13,5	16,5			
Dänemark	-1,2	³⁾ 13,5	2	13,9	³⁾ 13,5	10	0,2	³⁾ 8	1	15,5	³⁾ 8	9	18,4	³⁾ 9,5	10,5			
Irland	24,1	³⁾ 22	27,5	27,0	³⁾ 17	13	24,3	³⁾ 18,5	23	27,3	³⁾ 13,5	9	16,6	³⁾ -3,3	2			
Schweden	-4,6	-12,3	12	19,9	18,1	12	-5,2	-13,6	11	19,2	16,4	11	23,4	17,7	3,5			
Schweiz	-6,6	³⁾ 4,5	7	2,2	³⁾ 1,5	2,5	1,1	³⁾ 4,5	5,5	10,6	³⁾ 2	1	22,4	³⁾ 11,5	10,5			
Österreich	-11,9	15,9	8,5	12,9	10,2	10,5	-10,1	10,2	4,5	15,2	4,8	6,5	19,3	9,0	15,5			
Norwegen	1,5	17,7	24	18,8	13,6	13	-1,9	11,0	17,5	14,8	7,2	7	17,9	8,8	9,5			
Europäische Industrieländer ohne BRD	2,4	17,4	13	19,2	15,0	12,5	3,2	13,6	12	20,2	10,6	9,5	22,0	4,1	5,5			
USA	10,2	14,3	11,5	6,2	11,4	11,5	11,7	7,8	6	7,6	5,1	6	7,7	9,6	5,5			
Kanada	7,9	10,2	16	16,7	15,0	10,5	6,7	5,1	12,5	15,4	9,6	7,5	11,2	18,4	-0,5			
Japan	15,9	³⁾ 22	11	17,3	³⁾ 12,5	12,5	13,2	³⁾ 15	5,5	14,6	³⁾ 6	7	11,1	³⁾ 12,5	16			
Außereurop. Industrieländer	11,9	16,5	11,5	9,3	11,9	11,5	11,3	9,4	7	10,9	6,1	6,5	9,3	11,9	8			
Insgesamt ohne BRD	8,8	16,8	12	12,6	12,9	12	6,7	11,8	10	16,1	8,6	8	16,4	7,6	6,5			

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.-
2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 3) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet - gewichtet mit 1975er Anteilen.- Für 1) und 2): Ausfuhr auf Dollarbasis.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW.

rate auf 16 vH zu begrenzen, zu erfüllen. Die Regierung hat aber bereits angekündigt, daß sie eine weitere Auflage, nämlich die Ausgabenexpansion der öffentlichen Haushalte 1978 auf maximal 7 vH zu begrenzen, aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht einhalten kann. Da der Regierung von wichtigen Gewerkschaften eine relative Zurückhaltung bei künftigen Lohnforderungen zugesagt worden ist, würde eine stärkere Expansion der öffentlichen Ausgaben nicht unbedingt den Fortschritt bei der Eindämmung der Inflation gefährden. Die Unternehmer scheinen — trotz schwacher Kapazitätsauslastung in einigen Branchen — ihre Investitionszurückhaltung allmählich aufzugeben. Nach der neuesten Umfrage des Industrieverbandes sollen die Investitionen, die 1977 wohl um 2 vH zunehmen werden, 1978 real um 5 vH steigen. Die außenwirtschaftliche Entwicklung bietet für eine ausgewogene konjunkturstützende Politik keine grundlegenden Hindernisse. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Handelsbilanz stark verbessert. Gelingt es, die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Exportindustrie durch anhaltende Fortschritte in der Preisstabilisierung weiter zu fördern, so wäre damit eine gute Grundlage für eine stärkere wirtschaftliche Expansion im nächsten Jahr gegeben.

In Großbritannien braucht trotz des Scheiterns der bisherigen Einkommenspolitik nicht mit einer weiteren Verschlechterung der konjunkturellen Situation gerechnet zu werden. Die Lohnsteigerungen werden sich etwas, jedoch nicht in bedrohlicher Weise beschleunigen. Die laufende Verschlechterung der Beschäftigungslage wirkt hier bremsend. Zudem haben die zu erwartenden Lohn erhöhungen einen nachfragestimulierenden Effekt, so daß der reale private Verbrauch nach jahrelanger Abnahme bzw. Stagnation wieder zunehmen könnte. Da Lohnzurückhaltung und kräftige Gewinnausweitung die Investitionsneigung wegen schlechter Absatz Erwartungen nicht fühlbar zu verbessern vermochten, könnte eine Zunahme der Verbrauchsnachfrage über eine Erhöhung der Kapazitätsauslastung die Investitionsbereitschaft fördern. Allerdings kann sich Großbritannien keine erneute Inflationsbeschleunigung im Gefolge einer konjunkturellen Belebung leisten. Allzu schnell würden dann die erhofften realen Effekte ausbleiben. Auf einkommenspolitische Absicherung des Expansionsprozesses wird daher die Regierung nicht lange verzichten können, will sie nicht um des kurzfristigen Erfolges willen einen anhaltenden beschäftigungssteigernden Wachstumsprozeß aufs Spiel setzen.

Bundesrepublik Deutschland: Kurswechsel der Finanzpolitik

In den ersten Monaten dieses Jahres ist der konjunkturelle Anstieg der Produktion in der Bundesrepublik Deutschland zum Stillstand gekommen. Dabei stellt sich die Frage, ob es sich bei der seit dem Frühjahr zu verzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Stagnation um eine vorübergehende Stockung handelt oder ob wir uns schon in der Abschwungsphase dieses Konjunkturzyklus befinden. Diese Frage liegt insofern nahe, als schon der Verlauf des Aufschwungs bis Ende 1976 nicht dem bekannten zyklischen Muster entsprochen hatte: Phasen stärkeren Nachfrage- und Produktionsanstiegs wechselten bis dahin mit Perioden verhaltener Entwicklung oder vorübergehenden Stillstands ab. Diese Prozesse spiegelten zu einem Teil die Auswirkungen verschiedener Konjunkturprogramme wider, die seit Ende 1974 zur Krisenbekämpfung beschlossen worden waren. Die Bindung von Vergünstigungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Investitionszulagegesetz, an bestimmte Termine der Auftragsvergabe und Fertigstellung haben diese Entwicklung entscheidend mitgeprägt.

Im Verlauf dieses Jahres hat das Streben nach Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gegenüber finanzpolitischen Anregungen dominiert. Der damit verbundene restriktive Einfluß der Finanzpolitik fiel mit einer unerwartet kräftigen Zunahme der Steuereingänge zusammen; restriktiv wirkte also nicht allein die Sparsamkeit beim Ausgabenvollzug, sondern auch die kräftige Abschöpfung von privater Kaufkraft.

Hinzu kam die Abflachung der Auslandsbestellungen beim verarbeitenden Gewerbe; die Auslandsnachfrage nach Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes hat zuletzt sogar deutlich rezessive Züge angenommen. Allein die Ausfuhren nach den USA und in die OPEC-Länder sind dabei noch kräftig gestiegen, während die für die deutsche Wirtschaft besonders gewichtigen Lieferungen in die EG-Mitgliedsländer nicht mehr expandierten.

In einem insgesamt auch in der Aufschwungsphase relativ kühl gebliebenen Konjunkturklima gab die Zurückhaltung der staatlichen und ausländischen Nachfrage den Ausschlag dafür, daß sich die zu Jahresbeginn in Ansätzen erkennbare Festigung der privaten Investitionsneigung nicht durchsetzen konnte. Dies gilt nicht nur für die Bereitschaft, in neuen Anlagen zu investieren, sondern auch für die Lagerdispositionen. Allein die nach oben gerichtete Entwicklung des privaten Verbrauchs wirkt derzeit der Gefahr eines erneuten Abgleitens in eine Rezession entgegen.

Konstatiert man diese gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und nimmt ins Bild, daß bis zuletzt weder die Bestellungen aus dem Inland noch die aus dem Ausland Anzeichen für eine Erholung erkennen lassen, so ergibt sich der ernüchternde Schluß:

Der Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland ist früher, als es mit den bisherigen Erfahrungen über die Länge einer zyklischen Aufschwungsphase erklärt werden kann, zu Ende gegangen. Der Gipfel des Aufschwungs wurde bei einem Produktionsniveau erreicht, bei dem die technische Produktionskapazität in den meisten Wirtschaftszweigen, vor allem aber das Arbeitskräftepotential, nicht befriedigend ausgelastet waren.

Dies verdüstert nicht allein die Erwartungen für die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt; es bedeutet auch, daß sich mit weiterem konjunkturpolitischem Abwarten die Chancen für eine neue konjunkturelle Anstiegsphase ständig verschlechtern müssen.

Die wirtschaftspolitischen Instanzen haben aus dieser Lage tendenziell die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Mit den am 14. September vorgelegten Plänen der Bundesregierung zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung wird der überfällige Kurswechsel der Finanzpolitik eingeleitet, bisher allerdings nur auf Bundesebene. Die Regierung ist dabei bereit und gezwungen, einen Teil der bisher erzielten Konsolidierungserfolge bei den öffentlichen Haushalten dem Ziel einer erneuten Belebung der Wirtschaftsaktivität preiszugeben. Dieser Kurswechsel ist aber sicherlich nicht nur deshalb schwergefallen, weil er das Ziel der Haushaltskonsolidierung vertagt. Ihm haben wohl auch Zweifel im Wege gestanden, ob es in der gegebenen Ausgangsposition überhaupt möglich sei, die allgemeine Wirtschaftslage mit expansiver Finanzpolitik zu verbessern. Ein Argument gegen diesen Zweifel dürfte die Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr gebracht haben: Restriktive Finanzpolitik hat gewirkt!

In der Struktur entsprechen die Beschlüsse der Regierung weitgehend den konjunkturpolitischen Erfordernissen. Hervorzuheben ist, daß mit den Plänen zur steuerlichen Entlastung der privaten Haushalte einer im kommenden Jahr drohenden fühlbaren Reduzierung im Verbrauchswachstum der privaten Haushalte entgegengewirkt wird. Eine derartige Gefahr war akut, weil das diesjährige Verbrauchsniveau wegen des Freiwerdens von langfristig gebildeten und vermögenswirksam angeleg-

ten Sparguthaben stärker gestiegen ist, als es der laufenden Einkommensentwicklung entsprochen hätte; die Erwartungen, daß ein nicht geringer Teil dieser freigewordenen Mittel zu erhöhten konsumtiven Ausgaben verwendet worden ist, scheint sich jedenfalls zu bestätigen. Ob der zuwachsschmälernde Effekt dieser Mehrausgaben, der sich daraus im kommenden Jahr ergeben hätte, durch die steuerliche Entlastung wettgemacht wird, ist allerdings fraglich.

Die Verstärkung der staatlichen Investitionstätigkeit, die an dieser Stelle seit langem als konjunktur- und wachstumspolitisches Erfordernis betont worden ist, wird nun endlich erkennbar. Die daraus erwachsenden positiven Effekte für die Produktion und die Beschäftigung in der Bauwirtschaft sollen dadurch gesichert werden, daß die Leistungen des Bundes im sozialen Wohnungsbau auch im nächsten Jahr ungekürzt bleiben. Dies könnte zu einer allmählichen Erholung des für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung außerordentlich bedeutungsvollen Bausektors beitragen. Die partielle Lockerung des Einstellungsstopps im Staatssektor ist als Symptom dafür zu interpretieren, daß die „negative“ Beschäftigungspolitik des Staates als Arbeitgeber ebenfalls aufgegeben wird.

Nur in Verbindung mit dem Wirksamwerden dieser Maßnahmen kann von den ebenfalls vorgeschlagenen Verbesserungen der Abschreibungsmöglichkeiten für private Investitionen eine Erholung auch der privaten Investitionsneigung erhofft werden. Für sich genommen, d. h. ohne Verstärkung der Nachfrage der privaten Haushalte und des Staates, wäre diese Entlastung kaum als ausreichendes Stimulans anzusehen. Dies gälte selbst dann, wenn man hier noch weiter gegangen wäre als beschlossen. Diese Skepsis über die Wirkung von Abschreibungserleichterungen wird durch die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit gestützt: Die Wirkung einer Verbes-

serung der Unternehmensliquidität — als diese erscheinen Abschreibungserleichterungen letztlich — auf die Investitionsneigung ist offenbar in Zeiten schlechter Absatzlage gering. So haben die Unternehmen auch auf die Auszahlung der Investitionszulagen im vorigen und in diesem Jahr nicht mit einer entsprechenden Verstärkung ihrer Investitionen reagiert, weil sich ihre Absatzerwartungen gleichzeitig nicht verbesserten.

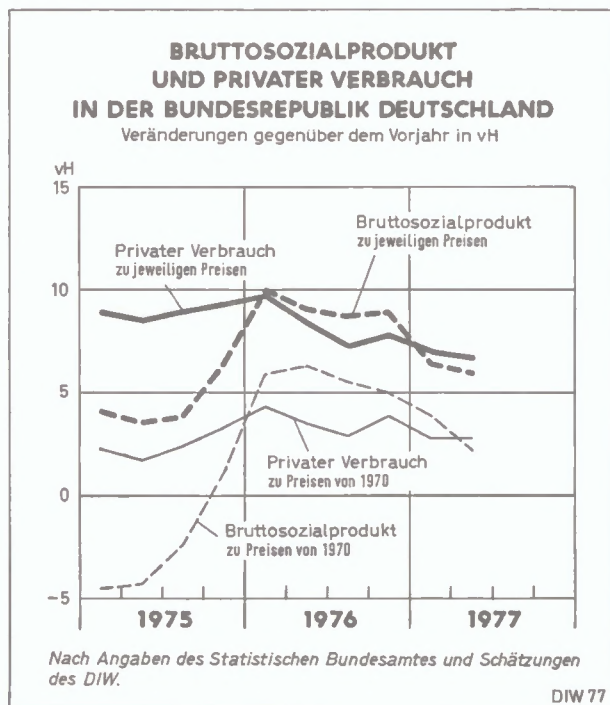
Wenn den konjunkturpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung im ganzen — dieses Urteil bezieht auch die weiteren vorgesehenen Maßnahmen mit jeweils geringerer oder größerer nachfragestimulierender Wirkung ein — sowohl der Tendenz als auch der Struktur nach Richtigkeit bescheinigt werden kann, so bleibt doch zu befürchten, daß sie nicht genügen werden, einen so starken konjunkturellen Auftrieb zu erzeugen, bei dem sich auch die Lage am Arbeitsmarkt deutlich bessern würde.

Fraglich ist vor allem auch die Mitwirkung der Länder und Gemeinden, ohne deren Beteiligung an der Ankurbelungspolitik die Bemühungen der Bundesregierung wohl vergeblich bleiben müßten. Ein starkes Maß an binnenwirtschaftlichen Stimuli ist gegenwärtig vor allem auch deshalb erforderlich, weil von der Auslandskonjunktur in nächster Zeit allenfalls schwache expansive Effekte zu erwarten sind.

Zur Überwindung der konjunkturellen Schwäche müssen aber auch die geldpolitischen Instanzen beitragen: Die Finanzierung erhöhter Staatsdefizite zu günstigen Bedingungen muß gesichert bleiben. Schwierigkeiten könnten sich hier wegen der im Vergleich zum Kapitalmarktzins höheren Zinssätze für kurzfristige Gelder ergeben. Eine weitere Senkung des Diskontsatzes der Bundesbank würde einer Verschlechterung des Kapitalmarktklimas vorbeugen.

Verhaltene Expansion des privaten Verbrauchs

Im ersten Halbjahr 1977 ist der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland um 6,8 vH — das sind 20,25 Mrd. DM — höher gewesen als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Anders als 1976 ist er damit wieder stärker als das Bruttosozialprodukt (6,2 vH) gestiegen. Schaltet man die jeweiligen Preissteigerungen aus, zeigt sich indes nur eine parallele Entwicklung beider Größen. Der private Verbrauch hat insofern die Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion in dieser Zeit mitbestimmt. Die Erwartung einer anhaltend kräftigen Erhöhung des privaten Konsums hat sich nicht erfüllt; noch im Frühjahr 1977 wurde der nominale Zuwachs für das erste Halbjahr auf 7,5 vH nach 7,2 vH im zweiten Halbjahr 1976 geschätzt¹.



Die Hoffnung auf eine stärkere Expansion gründete sich insbesondere auf das beobachtete Verbraucherverhalten im vierten Quartal 1976, in dem es einen kräftigen Verbrauchsschub gegeben hatte. Sie stützte sich überdies darauf, daß am Jahresanfang 1977 rund 8 Mrd. DM vermögenswirksam angelegte Spareinlagen der privaten Haushalte freigegeben wurden, von denen ein Teil als verbrauchs-wirksam angesehen wurde, sowie auf einen allmählichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, der sich positiv auf die Kaufbereitschaft der Verbraucher hätte auswirken können.

Tatsächlich übertraf die Verbrauchsausdehnung, soweit aus den bisher vorliegenden Informationen zu erkennen ist, die Zunahme des verfügbaren Einkommens; dessen Entwicklung kann gegenwärtig allerdings nur in groben Umrissen geschätzt werden. Geht man davon aus, daß die verfügbaren Einkommen um gut 6 vH gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind, haben die Haushalte darüber hinaus rund 2 Mrd. DM für den Konsum ausgegeben. Schätzungen aus Bankkreisen ergeben eine ähnliche Größenordnung für den zu Konsumzwecken verwendeten Anteil der freigegebenen Spargelder.

Ausgaben der privaten Haushalte im Inland¹⁾

	Ausgaben in		Entwicklung der		
	jeweilig. Preisen	Preisen von 1970	Preise 2)	Ausgaben nominal real	
	Mrd.DM		gegenüber Vorjahr in vH		
<u>1976</u>					
Insges.	605,7	430,1	4,6	8,3	3,7
1.Hj.	290,0	207,1	5,1	9,1	3,9
2.Hj.	315,7	223,0	4,0	7,6	3,6
1.Vj.	140,0	100,7	5,4	9,7	4,2
2.Vj.	150,0	106,4	4,9	8,5	3,5
3.Vj.	146,3	103,7	4,2	7,3	3,1
4.Vj.	169,4	119,3	3,8	7,9	4,1
<u>1977</u>					
1.Hj.	309,7	212,8	3,9	6,8	2,8
1.Vj.	149,7	103,6	4,0	6,9	2,9
2.Vj.	160,0	109,2	3,9	6,7	2,7

1) Ausgaben für den privaten Verbrauch ohne die Ausgaben der Inländer im Ausland und den Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbscharakter.-
2) Nach der Preisindexziffer für die Lebenshaltung.

Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW.

Wenn die Entwicklung trotzdem nicht den Erwartungen entsprach und vom privaten Verbrauch wenig Impulse zur Belebung der Gesamtwirtschaft kamen, so ist dies wohl vor allem der relativ schwachen Einkommensexpansion zuzuschreiben, die wiederum mit der unbefriedigenden Beschäftigungssituation zusammenhängt.

Die Verbrauchsbereiche

Nach Verbrauchsbereichen betrachtet war die Ausgabentätigkeit im ersten Halbjahr relativ ausgeglichen. Während zur gleichen Zeit des Vorjahres die Zuwachsraten zwischen 3 1/2 und 18 1/2 vH gestreut

¹ Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 16-17/1977.

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland nach Verwendungszwecken

	Privater Verbrauch insges. 1)	Nahrungs- u. Genußmittel 2)	Kleidung, Schuhe	Wohnungs- mieten u.ä. 3)	Elektrizität, Gas, Brennst. u.ä.	Waren und Dienstleistungen für					
						Haus- halts- führung	Verkehr, Nachr.- über- mittlung	Körper- u. Gesund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persönl. Aus- stattg., Sonst. 4)	Obriges ⁵⁾
Milliarden DM											
<u>1975</u>											
Insges.	574,55	156,37	57,19	72,09	24,98	67,33	78,88	28,53	42,42	31,42	15,34
1.Hj.	271,99	75,01	25,91	35,19	13,03	30,70	38,43	13,88	18,95	14,78	6,11
2.Hj.	302,56	81,36	31,28	36,90	11,95	36,63	40,45	14,65	23,47	16,64	9,23
1.Vj.	130,34	35,96	12,19	17,32	6,94	14,53	17,43	7,07	9,19	6,96	2,75
2.Vj.	141,65	39,05	13,72	17,87	6,09	16,17	21,00	6,81	9,76	7,82	3,36
3.Vj.	142,67	39,23	12,53	18,23	5,47	15,81	19,70	6,82	10,55	7,98	6,35
4.Vj.	159,89	42,13	18,75	18,67	6,48	20,82	20,75	7,83	12,92	8,66	2,88
<u>1976</u>											
Insges.	621,94	168,22	59,10	78,50	28,78	71,04	89,06	30,97	45,84	34,22	16,21
1.Hj.	296,52	80,41	26,82	38,46	15,43	32,24	44,86	15,21	20,49	16,13	6,47
2.Hj.	325,42	87,81	32,28	40,04	13,35	38,80	44,20	15,76	25,35	18,09	9,74
1.Vj.	143,00	38,40	12,53	18,96	8,49	15,37	20,91	7,66	10,10	7,59	2,99
2.Vj.	153,52	42,01	14,29	19,50	6,94	16,87	23,95	7,55	10,39	8,54	3,48
3.Vj.	153,00	41,97	13,12	19,78	6,05	16,67	21,37	7,30	11,40	8,65	6,69
4.Vj.	172,42	45,84	19,16	20,26	7,30	22,13	22,83	8,46	13,95	9,44	3,05
<u>1977</u>											
1.Hj.	316,78	84,45	28,18	41,54	16,85	34,98	48,21	16,10	21,88	17,54	7,05
1.Vj.	152,97	40,13	13,50	20,48	9,33	16,60	22,56	8,14	10,70	8,25	3,28
2.Vj.	163,81	44,32	14,68	21,06	7,52	18,38	25,65	7,96	11,18	9,29	3,77
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH											
<u>1976</u>											
Insges.	8,3	7,6	3,3	8,9	15,3	5,5	12,9	8,6	8,1	8,9	5,7
1.Hj.	9,0	7,2	3,5	9,3	18,4	5,0	16,7	9,6	8,1	9,1	5,9
2.Hj.	7,6	7,9	3,2	8,5	11,7	5,9	9,3	7,6	8,0	8,8	5,5
1.Vj.	9,7	6,7	2,8	9,5	23,5	6,1	19,9	8,3	9,9	9,2	8,7
2.Vj.	8,4	7,6	4,1	9,1	14,7	4,4	14,0	11,0	6,5	9,1	3,6
3.Vj.	7,2	7,0	4,7	8,5	11,8	5,3	8,5	7,0	8,0	8,4	5,4
4.Vj.	7,8	8,8	2,2	8,5	10,8	6,0	10,0	8,0	8,0	9,1	5,9
<u>1977</u>											
1.Hj.	6,8	5,0	5,1	8,0	9,2	8,5	7,5	5,8	6,8	8,7	9,0
1.Vj.	7,0	4,5	7,7	8,0	10,0	8,1	7,9	6,2	6,0	8,6	9,7
2.Vj.	6,7	5,5	2,8	8,0	8,4	8,9	7,1	5,4	7,6	8,8	8,3
1) Der gesamte private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken ausgewiesenen Ausgaben der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbscharakter und dem Reisesaldo, d.h. den Reiseausgaben der Inländer im Ausland abzüglich der Reiseausgaben der Ausländer im Inland. Im Gegensatz zu den früheren Veröffentlichungen stellen hier die Beträge für die Verwendungszwecke die Käufe der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR) dar. - 2) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. - 3) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. - 4) Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u.a. - 5) Schätzung der Beträge für den Reisesaldo und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.											
Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW.											

waren, lagen sie in diesem Jahr in dem relativ engen Band von 5 bis 9 vH².

Die Ausgaben für *Nahrungs- und Genußmittel*, die größte Verwendungsgruppe, nahmen am wenigsten zu. Real hat sich der Verbrauch gegenüber dem Vorjahr im ersten Halbjahr kaum erhöht. Am Anfang des Jahres wirkten sich Vorratskäufe aus, die am Jahresende 1976 wegen der bevorstehenden Steuererhöhungen bei Tabakwaren und Branntwein vorgenommen worden waren. Hinzu kam eine abgeschwächte Expansion der Nachfrage nach Nahrungs-

mitteln. Im zweiten Quartal stieg der Verbrauch jedoch wieder etwas stärker. Gleichzeitig ging der Preisanstieg bei Saisonnahrungsmitteln — vor allem aufgrund kräftiger Preissenkungen bei Kartoffeln (— 36 vH) — weiter zurück, bei den übrigen Nahrungsmitteln blieb er mit gut 2 vH merklich geringer als in den vorangegangenen Jahren. Aus dem Rah-

² Nach der Revision der Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch das Statistische Bundesamt wird hier eine erste Neuberechnung der Vierteljahrsdaten des privaten Verbrauchs nach Verwendungszwecken vorgelegt.

men fielen im ersten Halbjahr die Preiserhöhungen bei Bohnenkaffee (37 vH) und Tabakwaren (15 vH), die die Steigerungsrate der Preisindexziffer für die Lebenshaltung insgesamt um 0,5 Punkte und die der Nahrungs- und Genußmittel um 2 Punkte erhöhten.

Ebenfalls gering war der Nachfragezuwachs in der Bedarfsgruppe *Bekleidung und Schuhe*; der reale Mehrverbrauch betrug im Durchschnitt nur etwa 1 vH. Die Nachfrage schwankte von Monat zu Monat außerordentlich stark. Gemessen an den Umsätzen des Einzelhandels mit Textilwaren und Schuhen ist eine merkliche Nachfragebelebung in den letzten beiden Monaten zu erkennen.

Entwicklung der Umsätze im Einzelhandel mit Textilwaren und Schuhen

Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	nominal	real
Januar/Februar 1977	4,5	0,2
März/April 1977	4,5	— 0,4
Mai/Juni 1977	8,0	3,4

In den seit Jahren durch hohe Zuwachsraten gekennzeichneten Bedarfsgruppen *Wohnung und Energie* wurden auch in diesem Jahr wieder überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen registriert. Dabei nahmen aber die Aufwendungen für Energie erheblich langsamer zu als zuvor, Folge der klimatischen Bedingungen und der gegenüber dem Vorjahr nur relativ wenig erhöhten Preise.

Knapp 15 vH der Verbrauchsausgaben wurden für *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* aufgewendet, deren Anteil an den Gesamtausgaben in den letzten zehn Jahren so stark wie der keiner anderen Bedarfsgruppe — vom Energiebedarf abgesehen — gestiegen ist (von 11,7 auf 14,5 vH). Dominierend ist hier der Einfluß der privaten Kfz-Haltung; die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr einschließlich der Nachrichtenübermittlung machten nur rund ein Viertel der Aufwendungen aus. Die Steigerung der Nachfrage nach Personenkraftwagen setzte sich im bisherigen Jahresverlauf in unerwartet starkem Tempo fort. Die Neuzulassungen waren bei den privaten Pkw-Haltern um rund 13 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit, die Umschreibungen um rund 9 vH. Die Zuwachsrate der Preisindexziffer für die gesamte Kraftfahrzeughaltung ging von 4,3 vH vor einem Jahr auf rund 3 vH in der ersten Hälfte dieses Jahres zurück. Wichtigster Grund dafür ist eine Ermäßigung der Kraftstoffpreise, die um 1,6 vH unter dem entsprechenden Vorjahrsniveau lagen.

Indikatoren zur Kraftfahrzeughaltung

Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1976				1977	
	I	II	III	IV	I	II
Umsätze im Einzelhandel mit Kraftwagen und Krafträdern	32	18	7	11	15	9
Neuzulassungen) für private	31	14	3	3	14	12
Umschreibungen) Pkw-Halter	13	6	5	6	9	8

Der reale Mehrverbrauch für die gesamte Gruppe Verkehr belief sich im ersten Halbjahr 1977 auf etwa 5 vH.

In etwa gleichem Maße ist auch der reale Verbrauch der Bedarfsgruppe *Haushaltsführung* gestiegen: Während sich im vergangenen Jahr die Mehrnachfrage der Verbraucher in überragendem Maße auf den Erwerb von Personenwagen richtete, wurde in diesem Jahr auch der der Haushaltsführung zuzuordnende Bedarf wieder vermehrt befriedigt. Vor allem die Ausgaben für Haushaltsausstattung und Möbel expandierten kräftig; die Anschaffungen von elektrotechnischen Großgeräten blieben allerdings noch schwach. Die durchschnittliche Zuwachsrate der Ausgaben von 8,5 vH für die gesamte Gruppe ist die höchste seit vier Jahren.

Etwa gleich hohe und im Zeitablauf fast gleichbleibende Ausgabensteigerungen sind für die Bedarfsgruppe *Persönliche Ausstattung und sonstige Dienstleistungen* zu verzeichnen. Daran waren sowohl die Waren — z. B. Uhren, Schmuck, Lederwaren — als auch die Dienstleistungen — z. B. der Banken und Versicherungen sowie des Beherbergungsgewerbes — beteiligt. Das Beherbergungsgewerbe profitierte von der lebhaften Reisetätigkeit.

Unterdurchschnittlich war der Anstieg der Ausgaben für *Körper- und Gesundheitspflege*, bei der Bedarfsgruppe *Bildung und Unterhaltung* entsprach er dem Durchschnitt. Die Abschwächung des Anstiegs in der ersten Gruppe ist hauptsächlich auf eine Einschränkung der realen Mehrkäufe zurückzuführen. In der zweiten Gruppe, in der fast 60 vH auf Warenkäufe (z. B. Fernseh- und Phonogeräte, Fotoapparate, Bücher) entfallen, wirkten am Jahresanfang sowohl eine Dämpfung des Preisauftriebs als auch des realen Verbrauchs zusammen. Dieser reale Verbrauch belebte sich jedoch im zweiten Quartal wieder; im Vorjahrsvergleich ergab sich ein Zuwachs von 5 vH.

Ausblick

Eine Reihe von Gründen spricht für eine günstige Entwicklung des privaten Verbrauchs in den nächsten Monaten: Das weitere Freiwerden vermögens-

wirksamer Sparverträge, die geplanten Erleichterungen bei den Steuern vom Einkommen sowie eine stetige Expansion des verfügbaren Einkommens bei voraussichtlich geringen Preissteigerungen. Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. Januar 1978 dürfte insbesondere bei hochwertigen Gebrauchsgütern zu vorgezogenen Käufen anregen.

Die Ergebnisse der Konsumgütermessen deuten auf regere Dispositionen des Handels, d. h. auch auf ein für die Konsumenten attraktives Angebot im Einzelhandel hin. Die im Juli verbesserte Entwick-

lung der Einzelhandelsumsätze und eine steigende Kreditnachfrage der Verbraucher lassen die Vermutung zu, daß die fortdauernd ungünstige Lage am Arbeitsmarkt und die Unsicherheiten über die weitere Wirtschaftsentwicklung die Kaufbereitschaft der Verbraucher allmählich weniger belasten, wenn es im Winter nicht zu einem neuen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenzahl kommt. Eine wichtige Rolle spielt dabei die jetzt sichtbar werdende Entschlossenheit der wirtschaftspolitischen Instanzen, den Weg für einen konjunkturellen Aufschwung freizumachen.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint als Doppelnummer am 13. 10. 1977 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John †, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage: Konjunkturabschwächung erforderte neue Expansionsprogramme bearbeitet von Manfred Teschner und Joachim Volz.

Bundesrepublik Deutschland: Kurswechsel der Finanzpolitik bearbeitet von Horst Seidler. —

Verhaltene Expansion des privaten Verbrauchs bearbeitet von Charlotte Otto-Arnold.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.